

Danziger Zeitung.



№ 17885.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Neffenhagergasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Sept. (Privattelegramm.) Edison ist gestern Abend 10 Uhr 55 Min. auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen und im Hotel „Russie“ abgeflogen. Morgen geht ihm Werner Siemens in Charlottenburg ein Diner.

Arel, 13. Sept. (M. I.) Der Dampfer „Mimi“, welcher nach einer jüngst aufgefundenen Flaschenpost im nördlichen Eismeer gestrandet sein sollte, ist in vergangener Nacht glücklich in seinem Bestimmungshafen Amsterdam eingetroffen. Die Mannschaft ist wohl.

Böln, 13. September. (M. I.) Der „Aöln. Ztg.“ zufolge wäre Regierungspräsident Berlepsch-Düsseldorf als Oberpräsident der Rheinprovinz, Regierungspräsident Bitter-Doppeln als dessen Nachfolger in Aussicht genommen.

Antwerpen, 13. September. (M. I.) Ein Bericht des Gouverneurs an den Minister des Innern sagt, die Ursachen der Katastrophe seien noch unermittelt, namentlich sei nicht festgestellt, ob der Patronenschuppen zuerst in die Luft geflogen oder ob die Petroleumbehälter zuerst gebrannt hätten. Die Untersuchung dauert noch fort. Die Zahl der standesamtlich eingetragenen Toten beträgt 72, die Zahl der Vermundeten in den Spitälern 114.

Der Kaiser in Hannover.

Aus Hannover, vom 11. September, wird uns geschrieben:

Die Residenzstadt Hannover zeigt in diesen Tagen der Vorbereitung auf das Kommen des Kaisers zu den großen Herbstmanövern des X. Armee-corps, welches Donnerstag Abend 8 Uhr von Minden aus beordert, ein außerordentlich bewegtes Leben, denn die Zurüstungen zu dem würdigen Empfange beider Majestäten werden aller Orten in einem überaus großartigen Umfange betrieben. Die Hauptstraßen und die großen Plätze der an sich schon schönen Stadt haben auf dem ganzen Wege, welche der kaiserliche Zug vom Bahnhofe bis zum Residenzschlosse passieren wird, durch das Zusammenwirken der Baumeister mit den fleißigen zahlreichen Künstlern einen ganz eigenartigen, überaus prächtigen Schmuck erhalten, welcher die alte Stadt kaum wiedererkennen läßt. Neben den einziehenden Truppen durchwogen schon heute außerordentlich viele Fremde die Straßen und die Gasthöfe werden überfüllt. Für ein Fenster an der Georgstraße zum Ausblick auf den Einzug der kaiserlichen Majestäten werden 50 Mk. gefordert und bezahlt; für den Freitag, den Tag der Parade, sind Wagen nicht mehr zu haben.

Ueber den weiteren Verlauf der Kaiserreise gingen uns heute folgende Depeschen zu:

Minden, 13. Septbr. (M. I.) Bei dem gestrigen Diner mit den Civilbehörden toastete der Kaiser auf die Provinz Westfalen. Er freute sich, sagte er, wiederum auf der rothen Erde zu sein; er danke herzlich für den schönen Empfang seitens der Provinz und besonders der Stadt Minden, und wünsche, daß die Provinz immer grüne und blühe und daß es ihren Söhnen nach wie vor beschieden sei, Ruhm und Sieg an ihre Fahnen zu knüpfen.

Hannover, 13. Sept. (M. I.) Der Kaiser ist gestern Abend 8 Uhr hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe wurde er von der Kaiserin erwartet; darauf fuhr er mit derselben in offenem Wagen durch die prachtvolle Feststraße nach dem Schlosse. An dem Triumphbogen Eingangs der Bahnhofstraße bot der Stadtdirector an der Spitze der städtischen Collegien den Willkommengruß der Stadt, der nicht eine leere Huldigung des Mundes sei, sondern treuen Herzen entstamme, die gewillt seien, in guten und bösen Tagen zu dem Kaiserpaar zu stehen. Der Kaiser dankte huldvollst. In der Feststraße hatten Vereine und Schulen Spalier gebildet. Die Kopf an Kopf dicht gedrängte Menge brachte ununterbrochen brausende Hochrufe aus.

Hannover, 13. Sept. (M. I.) Der Großfürst Thronfolger von Rußland ist gestern Abend 9 1/4 Uhr hier eingetroffen. Von dem Kaiser Wilhelm auf dem Bahnhofe mit wiederholter Umarmung und Kuß empfangen, fuhr er mit dem Kaiser in einem offenen Dierspanner nach dem Residenzschlosse, wo die Kaiserin und die Prinzessin Albrecht den Thronfolger auf das herzlichste begrüßten.

Hannover, 13. Sept. (Privattelegramm.) Das Provinzialschulcollegium hatte es den Directoren der höheren Schulen abgeschlagen, am morgigen Mandovertage die Schule frei geben zu dürfen. Der Kaiser sagte bei dem Empfange der Directoren: „Ich habe mich auch oft gefreut, wenn ich unerwartet einen freien Tag hatte. So kann ich die Wünsche der Jugend voll nachfühlen: sie soll frei haben.“ Darüber herrschte großer Jubel.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. September.

„Rechtfertigungen“ des Schweine-Einfuhrverbotes.

Die (in unseren heutigen Morgendepeschen erwähnte) Begründung des allgemeinen Verbots der Schweineinfuhr über unsere Ofgrenzen, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ aus ihrem Artikel vom 23. Juli in etwas erweiterter Fassung wiederholt, läßt deutlich erkennen, daß Deutschland sich auf dem Gebiete der Vieheinfuhr und Ausfuhr in einem vürösen Circle bewegt. Das Reich hat bekenntlich auf dem Wege der Gesetzgebung umfassende und kostspielige Maßregeln gegen die Verbreitung von Viehseuchen getroffen, und zwar, wie damals constatirt wurde, wesentlich mit zu dem Zwecke, seinem westlichen Nachbarn, namentlich England, jeden Grund zum Verbot der Einfuhr aus Deutschland zu nehmen. Dieses Ziel ist nach den officiösen Ausführungen nicht erreicht worden. Obgleich in dem ganzen Gebiet des Reiches in jedem Falle, wo eine Einschleppung von krankem Vieh erfolgt ist, die energichsten Maßregeln ergriffen wurden, um die Seuche zu lokalifiren, bleiben die Regierungen von England und Frankreich dabei, von Zeit zu Zeit, sobald auf deutschem Gebiet solche Seuchen auftreten, ihre Grenzen der gemeinsamen deutschen Einfuhr zu sperren. Will Deutschland dieser Schädigung seiner Landwirtschaft, namentlich insoweit dieselbe auf die Schafzucht angewiesen ist, ein Ende machen, so muß es nach der bisherigen Praxis seinerseits die Einfuhr aus Rußland, Oesterreich-Ungarn und dessen Hinterländern generell verbieten. Wenn Deutschland der Einfuhr von Schweinen aus Ungarn u. s. w. entbehren könnte, so wäre gegen eine dauernde Absperrung der Ofgrenze nicht viel einzumenden. Aber diese Voraussetzung trifft nicht zu. In der halbofficiösen Begründung des Verbots, welche die „N. A. Z.“ am 23. Juli veröffentlichte, war zugegeben, daß die Einfuhr aus Rußland und Oesterreich-Ungarn nicht unbedeutend sei, das Verbot sich für manche Handels- und Gewerbe-Interessen fühlbar machen würde. Damals aber wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die getroffene Maßregel in Balde die Rückkehr zu normalen Verkehrsverhältnissen gestatte. Die jetzigen Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ scheinen dagegen das generelle Verbot als den normalen Zustand anzusehen. In Rußland, Oesterreich-Ungarn, Rumänien sei die Seuche endemisch; die Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung erwiesen sich als illusorisch; die Sperre gegen Osten sei also unerläßlich, umso mehr, als die inländische Production zur Deckung des Bedarfs vollständig ausreichte.

Auf wie schwachen Füßen diese Behauptung steht, geht schon daraus hervor, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die allgemeine Preissteigerung des Fleisches auf Machinationen der Händler zurückführt, weil diesen das Ausfinden neuer inländischer Einkaufsgebiete „unbequem“ sei. Siebt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Auffassung der maßgebenden Kreise wieder, so ist die Rückkehr zu normalen Verhältnissen, wie solche am 23. Juli in Aussicht gestellt wurden, in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Dasselbe wird von einem anderen gouvemenentalen Organe, der „Staaten-Corr.“, auch offen ausgesprochen, indem eine längere Betrachtung mit den Worten schließt:

„Daher besteht unter den obwaltenden Umständen sehr wenig Aussicht, daß die getroffene Anordnung eine Redressirung erfahren sollte.“

Die sonstigen Ausführungen des obgenannten Organs richten sich — gegen die Freisinnigen. Es wird zunächst berichtet, auf dem Rummelsburger Markte seien kürzlich russische, mit Maul- und Klauenseuche in hohem Grade behaftete Schweine eingeführt, die ohne Zweifel im Wege des Schmuggels über die Grenze gekommen. Dieses Vorkommniß, das doch höchstens, wenn es wahr ist, einen Beweis für die Unzulänglichkeit des Schutzes liefert, den das Einfuhrverbot gegen die Seucheneinschleppung gewähren soll, wird nun von der „St.-Corr.“ benutzt, um den „freisinnigen Preisorganen“, insbesondere der Berliner Fortschrittspresse“ den Vorwurf mangelnder Sachlichkeit und noch mehr zu machen, wie aus folgendem Satze in dem fraglichen Artikel hervorgeht:

„Die Bekämpfung des Schweine-Einfuhrverbotes ist sonach einer jener Angriffe gegen die Regierung, welche von freisinniger Seite so oft, entweder aus ungenügender Sachkenntniß oder aus bösem Willen und blinder Oppositionsjucht erhoben werden.“

Man würde beim Anblick dieser Invectiven seinen Augen nicht trauen, wenn man nicht wüßte, daß diese officiös-gouvemenentalen Gesellschaft schon längst jedes Gefühl für Wahrheit verloren hat. Die Kritik des Schweine-Einfuhrverbotes soll also das Werk „blinder Oppositionsjucht“ der Freisinnigen sein? Nun — die „Post“ forderte am Anfang dieser Woche die Regierungspreffe auf, „die gesundheitspolitischen Rücksichten für den Erlaß und die Aufrechterhaltung des Einfuhrverbotes in überzeugender Weise als bisher gesehen darzulegen.“ Ist die „Post“ freisinnig? Ein paar Tage vorher constatirte die „Nationalzeitung“ die „ernsten Mifstände“, die durch die Maßregel hervorgerufen seien, und vermißte jeden „überzeugenden Nachweis der Nothwendigkeit des Verbotes.“ Ist die „Nationalzeitung“ freisinnig? Noch ein paar Tage früher beklagte die „Schlesische Zeitung“ den aus dem Verbot entstehenden „schweren Schaden besonders der ober-schlesischen Arbeiterbevölkerung“ und erklärte, daß „auch

andere Kreise von dem durch das Schweineinfuhr-Verbot erzeugten Nothstande betroffen werden.“ Ist die „Schlesische Zeitung“ freisinnig? Aechnlich urtheilte der cartellparteiliche „Oberschlesische Anzeiger“. Der erste Bürgermeister von Beuthen reiste nach Berlin, um Milderungen zu erlangen, und nach dem Zeugnisse eines conservativen Blattes wurde sein Besuch von dem Regierungspräsidenten unterstützt. Ist dieser etwa freisinnig? Gleiche Schritte geschahen von Ratibor und anderen Orten aus. Und alles das, auf untadeligen „nationalen“ und conservativen Boden erwachsen, „aus ungenügender Sachkenntniß oder aus bösem Willen und blinder Oppositionsjucht der Freisinnigen“? Was soll man zu einer solchen Logik sagen!

Im übrigen findet die Einfuhr geschlachteter Schweine, welche zur Milderung des Einfuhrverbotes lebender Schweine allmählich in größerem Umfange zugelassen worden ist, eine besondere Schwierigkeit in dem bestehenden hohen Eingangszoll für frisches Fleisch. Die deutsche Zollpolitik ist eben in diesem Punkte, wie in so vielen anderen Fällen, auf das härteste gegen den Verbrauch der Nation und speciell gegen den Bedarf der ärmeren Volksklassen vorgegangen. Man findet in den civilisirten Staaten Europas kaum einen Fleischzoll, der dem deutschen Fleischzoll gleichkäme. In England, Dänemark und Norwegen wird frisches Fleisch ohne Zoll frei zugelassen. In Frankreich beträgt der Zoll auf frisches Fleisch 5,60 Mk. pro Doppelctr., in den Niederlanden 1,70 Mk., in der Schweiz 2,40 Mk., in Oesterreich-Ungarn und in Italien 9,60 Mk., in Belgien und in Spanien 12 Mk., in Griechenland 16 Mk. Der deutsche Fleischzoll in Höhe von 20 Mk. pro Doppelcentner übertrifft demnach alle Zollsätze, zum Theil um das Doppelte und Mehrfache. Nur in „Salzbasen“, in den Donauländern Rumänien und Serbien, wo die Schweinezucht besonders blüht, hat man noch höhere Schutzzölle; dort ist aber auch der Zoll für den Consum von geringerer Bedeutung, gerade weil die Schweineproduction so umfangreich und so weit verbreitet ist. Die außerordentlich hohe Belastung des Fleisches im deutschen Zolltarif wird dadurch veranlaßt, daß der deutsche Tarif keinen Unterschied zwischen frischem und zubereitetem (geräuchertem, gepökelt, etc.) Fleisch, und ebenso keinen Unterschied zwischen den theureren und den billigeren Fleischsorten (Hammelfleisch, Schweinefleisch) macht. Der hohe Zoll ist unterschiedlos für alles Fleisch, außer Wildpret und Geflügel, eingeführt worden und fällt deshalb, wie so viele andere Gewichtszölle des deutschen Tarifs, ganz besonders schwer auf die geringwertigen Fleischsorten, auf welche die unbedeutendste Bevölkerung vorzugsweise angewiesen ist.

Daß überhaupt das Schweineinfuhrverbot der alleinige Grund zur Steigerung der Fleischpreise ist, davon kann selbstverständlich keine Rede sein, und niemand wird dies jemals behaupten wollen. Eine uns anonym in diesen Tagen zugegangene Zuschrift hat unsere darauf bezüglichen Auseinandersetzungen mißverstanden. Zweifelloß hat der hohe Kartoffelpreis im vorigen Jahre Veranlassung gegeben, daß eine Menge Marktmaterial damals abgesehafft und das Zuchtmaterial auf ein Minimum beschränkt wurde; aber jedenfalls hat, wie alle Sachverständigen aus Schlesien und auch aus Schweswig-Holstein hervorheben, das Einfuhrverbot wesentlich mitgewirkt zur Erhöhung der Fleischpreise insbesondere in jenen Gegenden.

Die Cartelle und die Eisenindustrie.

In der „Sagener Ztg.“ vergleicht eine sachverständige Feder die augenblicklich maßgebenden Preise einiger der hauptsächlichsten Rohstoffarten und Walzwerksfabrikate mit denen von demselben Datum der vorhergehenden Jahre und führt daraus den Beweis, daß Puddeleisen, Spiegel-eisen und Bessemer-eisen in den letzten drei Jahren um ca. 60 Procent gestiegen sind, während in demselben Zeitraum die Preise von Gießereieisen um ca. 40 Proc. und die Preise der verschiedenen Walzwerksfabrikate theils 40, theils 50, theils 60 Proc. höher gingen. Seit dem Jahre 1882 haben die Eisenpreise keinen so hohen Stand eingenommen wie augenblicklich. Damals trat mit diesem Preise der Wendepunkt ein, von dem aus dieselben bis zum Jahre 1886 stets zurückgingen, um dann anfangs langsam, später in rascherem Tempo zu steigen. Zum großen Theile ist diese Steigerung den Cartellen und Syndicaten zuzuschreiben. Erst mit dem Beginn der Wirksamkeit dieser Vereinigungen haben die Preise eine steigende Tendenz verfolgt, namentlich seit dem vorigen Sommer. Gegen diese Preisstreiber liegen erhebliche Bedenken vor. Das zeigen schon die Erfahrungen, welche in den letzten Wochen auf dem Kohlenmarkte gemacht worden sind. Wird das rückichtslos vorgehen, welches Sechen und Kohlenhändler in den letzten Wochen gezeigt haben, fortgesetzt, so werden nicht allein die Eisenindustrie, sondern alle Industriezweige, welche Kohlen und Coaks als unentbehrliche Rohmaterialien benutzen müssen, in ihrem Betriebe gestört. Die jüngsten Preiserhöhungen sind nichts weiter als die unbedeutendste Ausbeutung einer günstigen Conjunction. Gerade diejenigen, welche an einer regelmäßigen und gesunden Entwicklung unserer Montan- und Eisenindustrie das größte Interesse nehmen sollten, erschweren in dem Bestreben, möglichst rasch möglichst viel zu verdienen, ihren besten Kunden die Existenz und machen sie vielleicht unmöglich. Begierig auf den augenblicklichen Vortheil, denken sie nicht daran, daß sie dadurch vielleicht einem für sie verhängnißvollen Rückschlag die Wege bahnen, da die hohen Eisenpreise durch Preiserhöhungen

auf dem Kohlenmarkte noch höher gehen müssen, wenn dieselben eine Ausgleichung finden sollen. Eine solche Lage erliegen; wird diese überschritten, so wird entweder der Bedarf eingeschränkt oder er neigt sich anderen Bezugsquellen zu.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen führt eine allgemeine Werteverminderung fast unausbleiblich zu einem großartigen Zusammenbruch. Jede durch Verband geeinigte Fabrikantengruppe sucht die Erhöhung der Preise des Rohmaterials bei den Preisen der Fabrikate mindestens wieder einzubringen. Ein Keil treibt den anderen. Die Cartelle bilden eine zusammenhängende Kette von Interessentengruppen, von welchen keine sich den Einwirkungen der Preisausschläge ihres Vorgängers oder ihrer Vorgänger entziehen kann. Fast die gesamte Eisenindustrie befindet sich schon jetzt in einer Zwangslage. Sie ist abhängig von dem Verhalten der ersten Verbände in der Kette der Interessentengruppen, von den Vereinen der Sechen, Kohlenhändler und Hochöfen und muß in ihren Preisfestsetzungen den Preissteigerungen folgen, welche ihr von diesen vorgeschrieben werden. Neue Preiserhöhungen eintreten zu lassen, ist aber zu verlockend, wenn Aussicht zur Durchführung derselben vorhanden ist, und es wird dabei gar zu leicht, wie das Verhalten der Sechen in den letzten Wochen zeigt, die Frage, ob eine Preiserhöhung berechtigt ist oder nicht, als Nebenfrage behandelt. Je höher die Preise gehen, um so stärker muß sich auch die Verschiedenartigkeit der Produktionsverhältnisse, unter welchen die einzelnen Werke arbeiten, geltend machen.

Am ungünstigsten stehen sich diejenigen Walzwerke, welche sowohl Roh-eisen als auch Kohlen kaufen müssen. Bis jetzt ist es möglich gewesen, die verschiedenen Kategorien in Verbänden zusammenzuhalten, es ist aber sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, sie in diesen Verbindungen festzuhalten. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, unter denen die einzelnen Werke arbeiten, muß schließlich in einer Weise hervor-treten, daß die einen der begünstigten Werke ohne Gemin arbeiten, wenn die besser situirten Werke noch immer einen annehmbaren Nutzen ziehen. Erstere würden daher zu ihrem Untergange mit thätig sein, wenn sie sich weiter von den größeren Werken ins Schlepptau nehmen ließen. Die Preisvereinigungen führen dazu, der kapitalkräftigen und bereits günstig situirten Großindustrie noch mehr zur Uebermacht zu verhelfen und den kleineren Betrieben ihre Selbstständigkeit zu erschweren. Daß die jetzigen hohen Preise von Roh-eisen und Walzwerksfabrikaten nicht der wahren Markt- und Sachlage entsprechen und nur durch die Schutzhölle aufrecht erhalten werden, das ist deutlich daraus zu ersehen, daß sie höher sind als die des Auslandes. Alle solche Sünden wider die Natur der Dinge rächen sich. Das sehen wir daraus, daß die Ausfuhr in vielen der hauptsächlichsten Eisenfabrikate, z. B. in Draht, Schienen, groben Eisenwaaren, immer mehr zurückgeht, namentlich nach den Nachbarländern. Und es ist sehr schwer, einmal verlorene Absatzgebiete auch unter anderen Verhältnissen wieder zurückzuerobern.

Das Reich und Ostafrika.

Ueber die Frage, ob die Reichsregierung damit umgehe, in Ostafrika das Reich selbst an die Stelle der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zu setzen, ist zwischen einer halb-officiösen und einer scheinbar officiösen Correspondenz ein nicht gerade sehr interessanter Streit entstanden, indem von den „Pol. Nachr.“ des Herrn Schweinburg die bezüglichen Angaben der „Staats-Corresp.“ des Herrn Dr. Schunk als gänzlich falsch bezeichnet, von der letzteren jedoch aufrecht erhalten werden. Bisher mußte man annehmen, daß die Bestallung des Herrn Wilmann zum Reichskommissar lediglich den Zweck habe, in den von der ostafrikanischen Gesellschaft gepachteten Gebieten Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und der Gesellschaft die Wiederaufnahme ihrer wirtschaftlichen Thätigkeit zu ermöglichen. So hat der Reichskanzler bei der Berathung des Gesetzes, durch welches dem Reichskommissar 2 Millionen Mk. zur Verfügung gestellt wurden, ausdrücklich erklärt, die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft solle auch fernerhin Herrin des Küstengebiets bleiben; der Kaiser könne nicht Pächter des Sultans von Zanzibar werden. Daß die Auffassung des Reichskanzlers sich inzwischen geändert habe, ist um so unwahrscheinlicher, als Herr Wilmann die Aufgabe, im Küstengebiet normale Zustände wiederherzustellen, bisher noch keineswegs gelöst hat. Wahrheitsgemäß handelt es sich in diesem Punkte ebenso wie bezüglich der Errichtung einer subventionirten Dampferlinie nach Ostafrika um die Verwechslung von Wünschen der ostafrikanischen Gesellschaft mit Absichten der Regierung.

Die Lobredner der neuen Wirtschaftspolitik.

Die günstige Geschäftslage, welche seit Beginn des vergangenen Jahres eingetreten ist und im Laufe des Jahres 1889 sich noch weiter gehoben hat, soll auch zur Verherrlichung der herrschenden Zollpolitik verwerthet werden. In schätzvoller und officiösen Blättern wird bereits ausgeführt, daß in dieser Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unweifelhaft der Segen der neuen Wirtschaftspolitik zu erkennen sei. Eine solche Behauptung hätte man in der That nicht mehr erwarten sollen. Ein volles Jahrzehnt ist, wie die „Freih.-Corresp.“ mit Recht hervorhebt, seit der zollpolitischen Umkehr in der Gesetzgebung des deutschen Reiches verfloßen. Die deutsche Gewerbtätigkeit, in ihrer Gesamtheit betrachtet, hat während dieses Zeitraumes mannigfache Schwankungen durchgemacht, leblich gute

